

Stimberg Zeitung

MONTAG, 18.10.2021 NR. 243

WWW.STIMBERG-ZEITUNG.DE • MEDIENHAUS BAUER • GEGRÜNDET 1831

PREIS: 2,30 EURO / SA.: 2,50 EURO

Heute im Lokalen

Gefahrgutunfall simuliert

Der Löschzug Rapsen rückte jetzt zur Übung aus. Fazit: Die Einsatzkräfte sind ein eingespieltes Team. → **Seite 3**

Drei Lippebrücken werden erneuert

Der Kreis Recklinghausen hat sich auf den Weg gemacht, den Sanierungsstau aufzulösen. → **Seite 9**

Ein Kaninchen als Therapeut

Von Regine Klein

Ob Meerschweinchen, Kaninchen oder Sittiche: Tiere haben wahrlich therapeutische Fähigkeiten. Lang ist die Liste ihrer positiven Wirkungen. Das belegen immer mehr Studien. All das funktioniert aber nur unter einer Bedingung: Der Mensch muss sich auf das Tier einlassen. Und man merkt es doch auch bei sich selbst: Wer Hund oder Katze streichelt, der spürt schnell die beruhigende Wirkung. Doch Tiere können noch mehr: Sie können indirekt dabei helfen, Langzeitarbeitslose wieder ans normale Arbeitsleben heranzuführen. Wie das funktionieren kann? Ein von Erfolg gekröntes Beispiel ist das Projekt „MuTiQ“ im Matthias-Claudius-Zentrum... → **Seite 3**



Wetter heute



Ein Mix aus Wolken und Sonne, 17 Grad. → **Seite 24**

Gewinnzahlen

Lotto
7 20 21 27 29 34

Superzahl 6
Spiel 77 2-4-0-6-5-4-9
Super 6 7-3-3-1-6-7

Alle Angaben ohne Gewähr.

Aktueller Impfstatus in Deutschland



156.540
verabreichte Impfdosen
am 15. Oktober

109.882.202
insg. verabreichte Impfdosen

131.039.525
gelieferte Impfdosen

21.157.323
Impfdosen auf Lager

Sport

Fußball-Bundesliga

Leverkusen 1:5
Bayern

Augsburg 1:1
Bielefeld

Bayern trifft schon in der ersten Hälfte fünf Mal.

Kalender

- 1861 Wilhelm I. wird zum König von Preußen gekrönt (bis 1888, ab 1871 war er auch Deutscher Kaiser).
- 1961 Vertreter der Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnen in Turin die europäische Sozialcharta.

Laumann kritisiert die Union



Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann hat beim Deutschlandtag der Jungen Union seiner Partei vorgeworfen, viele Lebenswirklichkeiten der Wähler aus dem Blick verloren zu haben. Er habe das Gefühl, dass in den CDU-Vorständen die Juristen zu sehr dominieren. „Wo bleibt da die Lebenswirklichkeit der Leute, die einen ganz normalen Job haben?“, fragte der Sozialexperte. FOTO DPA → **Seite 2**

LIVE Stream

Wie gut schützt die Impfung wirklich vor Corona?

Drei Gäste und Experten beantworten Ihre Fragen zu allem, was Sie jetzt über die Corona-Impfungen wissen müssen. Heute um 18.00 Uhr in unserem Live-Videoformat „Wir müssen reden! Über ...“

→ **Corona**

WIR MÜSSEN REDEN!
ÜBER ...



Foto: Adobe Stock

Artenschützer machen Druck

DÜSSELDORF. In NRW leben 364 Wildbienenarten, 52 Prozent davon gelten als gefährdet. Eine Volksinitiative will nun die Politik zum Handeln drängen.

Von Kirsten Bialdiga

Die nordrhein-westfälische Landesregierung muss aus Sicht von Wissenschaftlern deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um den Artenschwund zu stoppen. „Der Rückgang der Artenvielfalt und Biodiversität ist neben den Folgen des Klimawandels das größte derzeitige Menschheitsproblem. Dies gilt auf allen Ebenen: global bis regional“, schreibt Tillmann Buttschardt, Professor für Angewandte Landschaftsökologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, in einer Stellungnahme für den Landtag. Im Sinne einer schleichenden Katastrophe würden die negativen Effekte für das menschliche Leben aber erst

zeitversetzt sichtbar. Zu Recht verlange daher die Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“, dass die CDU-/FDP-Landesregierung ihre angekündigte Biodiversitätsstrategie auch umsetze.

Die Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft schreibt, es sei angezeigt, das Thema „Flächensparen“ auf der politischen Agenda weit oben anzusiedeln, und zwar auf allen Planungsebenen. Aber auch aus Sicht der Landwirtschaftskammer sind „weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Situation des Naturhaushaltes in Nordrhein-Westfalen geboten“.

Anlass für die Stellungnahmen sind unter anderem Forderungen der Volksinitiative „Artenvielfalt

NRW“, die auf Betreiben von drei Umweltverbänden zustande kam, denen sich weitere Verbände anschlossen. Die Initiatoren sammelten 116.000 Bürger-Unterschriften und damit deutlich mehr als die erforderlichen knapp 66.000. Der Landtag erkannte die Volksinitiative bereits als rechtmäßig an und muss sich nun binnen drei Monaten mit den Forderungen auseinandersetzen.

Erfolgreiche Initiative

Die Volksinitiative verlangt unter anderem, den Flächenverbrauch verbindlich zu stoppen, Schutzgebiete wirksam zu schützen, naturnahe und wilde Wälder zuzulassen, die naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranzubringen, lebendige Gewässer zu sichern und den Artenschutz in der Stadt zu fördern.

In seiner Stellungnahme macht Umweltprofessor Buttschardt darauf aufmerksam, dass in einigen

Bereichen sogar Rückschritte zu verzeichnen sind: Im bis Mai dieses Jahres geltenden Landeswassergesetz etwa habe ein Verbot für Ackerbau oder Dünger auf einem fünf Meter breiten Gewässerrandstreifen gegolten: „Es ist nicht anders als realitätsverweigernd zu bezeichnen, diese Tatsachen nicht anzuerkennen und die einmal von der Politik als richtig erkannten und in langfristigen Instrumenten angelegten Anpassungen und Regelungen wieder zurückzunehmen.“

Um den Artenschutz in Städten zu fördern, verlangt der Wissenschaftler, Lichtquellen zu reduzieren, da sie häufig zu tödlichen Fallen insbesondere für Insekten werden: „Es sind Lichtaktionspläne, Standards bei der Umrüstung von Beleuchtungsanlagen, Einschränkungen bei Leuchtreklamen, flexible und intelligente Beleuchtungen und vieles mehr zu entwickeln und umzusetzen.“ Die Sen-

sibilität für dieses Thema sei bisher gering. Das NRW-Umweltministerium erhofft sich von der Volksinitiative Artenvielfalt einen „breiten Diskurs über Ziele und Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität“. Der Schutz der biologischen Vielfalt dürfe kein ausschließlich bilateraler Dialog zwischen Politik und Naturschutzverbänden bleiben, so Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU). Die Volksinitiative könne zu einem zusätzlichen Appell werden, dass jede und jeder einen Beitrag leisten müsse, die Artenvielfalt in NRW zu stärken: „Ich lade alle Akteure zum Gespräch ein. Weniger Schottergärten, mehr grüne Infrastruktur, weniger Pflanzenschutzmittel sind nur einige Beispiele“, sagte die Ministerin. Die Regierungskoalition arbeitet zurzeit an einer Änderung des Landesnaturschutzgesetzes. Eine Obergrenze etwa für den Flächenverbrauch ist darin nicht vorgesehen.

Grüne bleiben auf Ampel-Kurs

Nur zwei Neinstimmen und eine Enthaltung beim Parteitag

Berlin. Die Grünen haben mit überwältigender Mehrheit für formelle Koalitionsverhandlungen über ein Ampelbündnis gestimmt. Beim kleinen Parteitag am Sonntag in Berlin votierten lediglich zwei Delegierte gegen den Vorschlag der Parteiführung, Gespräche mit SPD und FDP aufzunehmen.

Es gab eine Enthaltung. Zuvor hatten die beiden Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck eindringlich dafür geworben, die offiziellen Beratungen mit SPD und FDP aufzunehmen. „Wir sind jetzt an dem Punkt, den Aufbruch zu verwirklichen“, sagte Baerbock kurz vor der Ab-

stimmung. „Und ich glaube, wir verspüren jetzt die gemeinsame Lust, das jetzt anzupacken.“

Damit steht nur noch die Zustimmung der FDP-Führung aus, die heute erfolgen soll. Die SPD hatte am Freitag zugestimmt. Erste Gespräche könnten schon bald beginnen. AFP → **Seite 15**

Stimberg Zeitung Partner im Redaktionsnetzwerk Deutschland

Medienhaus Bauer GmbH & Co. KG
Leserservice: 023 65 / 107-1070
Telefax: 023 65 / 107-1990
info@medienhaus-bauer.de
www.stimberg-zeitung.de



4 190212 802304 15342



#wirhaltenvestzusammen

Hoffen auf viele Weihnachtsmärkte



Die bekannten Weihnachtsmärkte in Nordrhein-Westfalen können in diesem Jahr nach Kenntnis des Schaustellerbundes alle stattfinden. Auch mit Blick auf die für Ende Oktober angekündigte neue Corona-Schutzverordnung äußerte sich Albert Ritter, der Vorsitzende des Deutschen Schaustellerbundes, zuversichtlich. „Wir sind bester Dinge, dass es aus unserer Sicht keine Verschlechterung gibt. Draußen ist schon die halbe Miete.“ FOTO DPA